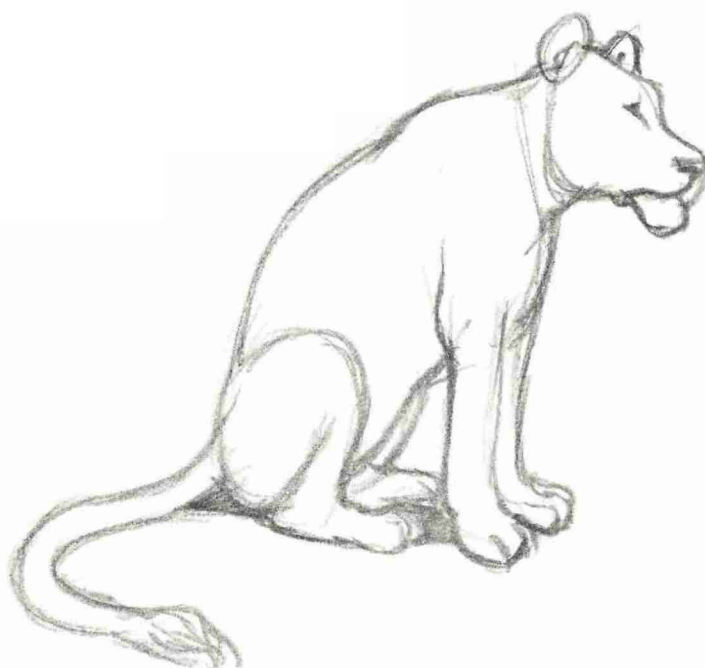


Die Frau, das ewige Opfer

Die Rentendebatte zeigt: Mit dem Frauenthema lässt sich noch immer prima Politik machen. Es ist Zeit, Gegensteuer zu geben.

Von Katharina Fontana



KFT



Es dürfte eine heisse Abstimmung werden. Mit dem Slogan «Hände weg von unseren Renten!» hat ein Bündnis aus Gewerkschaften, der SP, den Grünen und feministischen Streikkollektiven jüngst deutlich gemacht, dass von seiner Seite her mit erbittertem Widerstand gegen die AHV-Reform zu rechnen ist; die Referendumsabstimmung dürfte im September stattfinden. Vom Kampf der Klassen ist die Rede. Und vom Kampf der Geschlechter.

Stein des Anstosses ist das Rentenalter der Frauen. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat im letzten Dezember das getan, was sie schon längst hätte tun sollen: Sie hat beschlossen, dass die Frauen künftig wie die Männer bis zum Alter von 65 Jahren arbeiten sollen, wobei für die Übergangsgeneration grosszügige Zuschüsse vorgesehen sind. Die Gründe für die Reform liegen auf der Hand: Die AHV trudelt dem finanziellen Abgrund entgegen und muss dringend saniert werden. Zudem lässt sich das Privileg der Frauen sachlich nicht rechtfertigen. Das tiefere Rentenalter wurde bei seiner Einführung in den 1950er Jahren damit begründet, dass Frauen das physiologisch schwächere Geschlecht seien. Wer wollte das heute noch behaupten?

Einseitiger Bundesrat

Die Linke ficht das nicht an. Es handle sich um eine Abbauvorlage auf dem Buckel der Frauen, um einen Affront gegenüber jenem Teil der Bevölkerung, der es ohnehin schwer habe im Leben. «Frauen leiden unter tieferen Löhnen, Lohndiskriminierung, Teilzeitpensen und unbezahlter Arbeit», tönt es von dieser Seite. Wie kann man ihnen da noch zumuten, künftig ein Jahr länger zu arbeiten?

Nun ja, wie kann man? Man kann es dann, wenn man anfängt, das Narrativ der benachteiligten und hilfsbedürftigen Frau zu hinterfragen. Dieses Narrativ wird systematisch und sehr erfolgreich verbreitet, es hat sich in der allgemeinen Wahrnehmung festgesetzt und bestimmt fast vollständig die Debatte. Dass Frauen hierzulande in vielfältiger Weise diskriminiert werden – privat, beruflich, gesellschaftlich, politisch – und die Schweiz in Sachen Gleichstellung besonders rückständig ist, gilt fast schon als Glaubenssatz, den kaum jemand öffentlich anzweifelt.

Auch in Bundesbern gibt man sich alle Mühe, das Bild der diskriminierten Frau zu festigen. So hat der Bundesrat letztes Jahr die nationale Gleichstellungsstrategie 2030 verabschiedet. Es gehe um «Gerechtigkeit gegenüber den Frauen», heisst es da, und um das Ziel, die in der Verfassung verankerte

Gleichstellung zu erreichen. Sicher, Gerechtigkeit und Gleichstellung sind hehre Ziele. Einige der Massnahmen, die der Bundesrat erwähnt, sind denn auch zweifellos zu begrüssen, wie die Förderung familienfreundlicher Arbeitszeiten. Andere verdienen zumindest eine wohlwollende Prüfung, beispielsweise die Einführung der Individualbesteuerung zur Entlastung von Doppelverdienern.

Die Schweizerinnen sind beruflich bestens integriert, rund neun von zehn Frauen sind erwerbstätig, und ihnen stehen alle Türen offen.

Allerdings fragt man sich, warum die Gleichstellungsstrategie derart einseitig daherkommt und alles ausblendet, was nicht ins Bild passt. So ist etwa nichts darüber zu lesen, dass Frauen bei den Sozialversicherungen auch heute noch Vorzugsbehandlungen geniessen, deren Berechtigung man durchaus in Zweifel ziehen kann. Gehören gleiche Rechtsansprüche nicht zur Gleichstellung? Geradezu absurd wird es, wo es um die Armee geht. So sollen die Gleichstellungsexperten des Bundes einen «Massnahmenkatalog zur Prävention von Geschlechterdiskriminierung in der Milizarmee» erarbeiten. Gleichzeitig wird mit keiner Silbe darauf eingegangen, dass ausschliesslich Männer Wehrdienst leisten müssen und Frauen nicht. Wenn das kein Fall von «Geschlechterdiskriminierung in der Milizarmee» ist, was dann?

Weibliche Problemzonen

Das Thema Frau ist heute omnipräsent, man kann sich ihm nicht entziehen, praktisch alles, was mit der Frau zu tun hat, wird vermessen und evaluiert. Mitunter hat man den Eindruck, dass die Frauen unter all den vielen Gruppen und Grüppchen, die vom Staat umsorgt, gehegt und gepflegt werden, an oberster Stelle stehen. Eine ganze Armada an Kommissionen, Organisationen und Gleichstellungsbüros befasst sich mit der Frau und der Frage, wie man sie leiten, belehren und schützen könne. Professionelle Frauenförderinnen entdecken immer neue Problemzonen im weiblichen Leben, denen man zu Leibe rücken muss – selbstverständlich mit fachlicher Hilfe, die sie gerne anbieten.

Man kann auch sagen: Die Frau ist zum Programm, zum Geschäftsmodell geworden. Sie dient sowohl Politikerinnen und Politikern, die sich mit



dem Trendthema profilieren und ihr «progressives» Image pflegen möchten, wie auch den Gleichstellungsbürokraten und anverwandten Kreisen, die unter diesem Titel eine Vielzahl von Themen betreiben können.

Das zeigt sich, um nur ein Beispiel zu nennen, am Thema der Lohngleichheit. Seit 2020 müssen Firmen mit mehr als hundert Beschäftigten die Löhne der Belegschaft untersuchen und eine Lohnvergleichsanalyse durchführen. Die ersten Ergebnisse sind höchst erfreulich: Die ganz grosse Mehrheit der Unternehmen weist keine diskriminierende Lohnstruktur auf; die vom Bund gewährte Toleranzschwelle von 5 Prozent Lohn Differenz wird kaum je einmal überschritten. Von einer systematischen Benachteiligung der Frauen, diesen Schluss legen die bisherigen Resultate nahe, kann keine Rede sein.

Einen ganz anderen Eindruck erhält hingegen, wer sich beim Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann kundig macht. Dort hält man gestützt auf eigene Messmethoden daran fest, dass 45 Prozent des Lohnunterschieds zwischen Männern und Frauen nicht erklärt werden könnten und eine «potenzielle Diskriminierung» aufgrund des Geschlechts enthielten. Da es bei den grösseren Firmen offenbar nicht viel zu bemängeln gibt, richtet man nun den Blick auf die kleineren Unternehmen, die bis jetzt von der obligatorischen Lohnanalyse befreit sind. Dort sei der unerklärte Anteil am Lohnunterschied nämlich besonders hoch, so das Eidgenössische Gleichstellungsbüro. Es dürfte also nur eine Frage der Zeit sein, bis über eine Ausdehnung der Lohnkontrollen auf kleinere Betriebe diskutiert werden wird. Die Arbeit wird den Gleichstellungsspezialisten so schnell nicht ausgehen.

Politischer Drall

Dass die Frauen andauernd als Diskriminierungsopfer dargestellt werden, irritiert aus mehreren Gründen. Die Schweizerinnen sind gebildet, bei der Matura und den universitären Abschlüssen haben sie die Männer überrundet. Sie sind beruflich bes-

tens integriert, rund neun von zehn Frauen sind erwerbstätig, und ihnen stehen alle Türen offen. In der Schweiz können sich Mann und Frau Beruf und Familie ohne grosse Probleme aufteilen, hohen Löhnen und flexiblen Arbeitsbedingungen sei Dank. Weibliche Vorbilder, sofern Frauen solche denn überhaupt brauchen, gibt es zuhauf.

Kurz: Niemand wird bestreiten, dass die Dinge noch verbessert werden können, das können sie immer. Doch das konstante Lamento von feministischen Kollektiven, Gleichstellungslobbyisten und Politikerinnen hat mit der Lebenswirklichkeit der meisten Frauen – berufstätige, Hausfrauen, ledige, verheiratete, mit Kindern oder ohne – nichts zu tun.

Kommt hinzu, dass die Rezepte, die unter dem Titel der Gleichstellung propagiert werden, letztlich einen klaren politischen Drall haben. Während die frühere Frauenbewegung nach gleichen Rechten und weiblicher Selbstbestimmung strebte, ist die heutige Frauenpolitik von linken Vorstellungen dominiert. Ein schönes Beispiel lieferte die Frauensession, die letzten Herbst im Bundeshaus stattgefunden hat – eine Art Pseudoparlament, wo sich vorab Aktivistinnen aus demselben politischen Milieu ein Stelldichein gaben. Das Happening brachte einen Strauss von Petitionen hervor, etwa die Einführung einer Elternzeit, die Schaffung eines Fonds zur Finanzierung von Krippen, die Stärkung der Geschlechterforschung an den Universitäten oder die «Aufwertung» der unbezahlten Arbeit. Allesamt Forderungen, die viel Geld kosten und zu einem kräftigen Ausbau des Staates führen würden. Und das im Namen der Frauen.

Nüchtern betrachtet, zeigt sich: Die Frauen werden in die Opferrolle gesteckt, auch heute noch, denn in dieser Rolle sind sie besonders lohnend. Man vereinnahmt sie und instrumentalisiert sie, um neue Vorschriften, Kontrollen und Subventionen einzuführen und um die staatliche Sphäre auszuweiten. Es ist Zeit, Gegensteuer zu geben. Die Frauen sollten sich die Stigmatisierung ihres Geschlechts nicht mehr gefallen lassen.